

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 24 mm breite Colonet-Druckart im Umkreis beträgt 12 2/3 (Postzusatz 25) für die 20 mm breite Colonet-Druckart 25, auswärts 30, für die 20 mm breite Post-Druckart 30, auswärts 35, für die 20 mm breite Colonet-Druckart 35, auswärts 40.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12226.
Erscheinungs-Adresse: Luz, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhmisch Neuhäusel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Luz und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Luz und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Luz und Johanngeorgenstadt.

Verlag E. M. Gärtner, Luz, Erzgeb.

Vertriebspreis: Luz Nr. 12226 (Luz) 40, Schwarzenberg 30, Grünhain 30. Druckort: Leipzig, Druckerei: G. M. Gärtner, Luz, Erzgeb.

Angewandte Wissenschaften für die am 1. August 1924 erlassene Nummer des vorliegenden 4. Heftes in den Hauptausgaben. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben an wissenschaftlichen Tatsachen kann nicht gegeben werden, auch nicht für die Richtigkeit der durch den Herausgeber gegebenen Angaben. — Für Rückfragen, insbesondere über den Inhalt der Artikel, ist der Herausgeber nicht verantwortlich. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Die Abonnementspreise sind in den Ausgaben des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Luz, Grünhain, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt zu zahlen.

Nr. 194.

Mittwoch, den 20. August 1924.

77. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Versteigerung.

Donnerstag, den 21. August 1924, vorm. 10 Uhr soll im Versteigerungssaal des Amtsgerichts Luz 1 Besessenen mit Inhalt, 136 Besessene (Wp. Gläub.), 6 Tieren, 9 Brotentplatten, 2 Bowlen (Eisler), 1 großer Polster, Stühle und Möbeln gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher.

Auf Blatt 11 des diesigen Genossenschaftsregisters ist heute die durch Statut vom 13. August 1924 errichtete Genossenschaft „Kreditgenossenschaft für Gewerbe, Handel und Industrie für Böhmisch und Umgebung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung“, in Böhmisch und weiter folgendes eingetragen worden:
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften zum Zweck der Beschaffung der für die Mitglieder erforderlichen Geldmittel und aller Unternehmungen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Interessen zu fördern.

Amtsgericht Böhmisch, am 15. August 1924.

Rauhholzersteigerung. Antonsthaler Staatsforstrevier.

Dienstag, den 19. August 1924 vormittags 11 Uhr im Restaurant „Rauh“ in Antonsthal, 924 H. Stämme 10,231 cm, 5113 H. Röhde 7/15 cm, 3149 H. Röhde 16/49 cm, 22 buchene Röhde 16/37 cm, 3,0 cm H. Rauhknüppel.

Vorkauf Antonsthal.

Vorkauf Schwarzenberg.

Koloversteigerung. Grünhainer Staatsforstrevier.

Donnerstag, den 23. August 1924, vorm. 11 Uhr, „Ratskeller“ Grünhain

1424 w. Stämme von 10–33 cm Mittell. von Kahlhölz. in Abt. 2, 15, 27, 51, 60, 68 (Erl. Teil.), 108, 115, 119, 120, 122, 150 (Grb. Teil.).

21 ab. rüht. Röhde von 13–57 cm Oblt. bez. Mittell. und 3–8 m Länge im Röhderwäldchen.

5000 w. Röhde von 7–36 cm Oblt. u. 3,5–4 m Länge in den Abt. 2, 3, 15–18, 21, 23, 24, 26, 27, 29, 31, 35, 36, 37, 41, 42, 46, 53, 54, 58, 67–70 (Erl. Teil.), 113, 119, 120, 127, 128, 143, 150, 165–167, 173–175 (Grb. Teil.).

1500 w. Derbstangen von 8–15 cm Mitt. in den Abt. 15, 17, 18, 31, 35, 36 (Erl. Teil.), 119, 127, 150, 151 (Grb. Teil.).

2000 w. Reistangen von 2–7 cm Mitt. in den Abt. 35, 36 (Erl. Teil.), 167 (Grb. Teil.).

Vorkauf Grünhain.

Vorkauf Schwarzenberg.

Rauhholzersteigerung. Breitenholzer Staatsforstrevier.

Sonntag, den 23. August 1924 vorm. 9 Uhr im Gasthof „Zum grünen Baum“ in Breitenbrunn: 240 w. Stämme 10/15 cm, 3800 w. Röhde 7/15 cm, 4000 w. Röhde 16/22 cm, 1100 w. Röhde 23/27 cm, 34 m Rauhknüppel, Abt. 14, 22, 40, 53, 104, 109, 112, 118, Belam. Schlg. 14, 52 Dorentin. 41, 49, 50 Bruch. 47, 57, 65, 123, Durch.

Vorkauf Breitenhol.

Vorkauf Schwarzenberg.

Rauhholzersteigerung. Oberwiesenthaler Staatsforstrevier.

Montag, den 25. August 1924, vorm. 10 Uhr, im Bahnhofrestaurant zu Annaberg. 8505 H. Röhde 7/15 cm, 3813 H. Röhde 16/22 cm, 1251 H. Röhde 23/27 cm, 139 m Rauhknüppel, 22,5 m Rauhknüppel, 3,5 und 4 m lang. Abt.: 25, 38, 39, 44, 70, 71, 73, Schneebusch.

Vorkauf Oberwiesenthal.

Vorkauf Schwarzenberg.

Die amtlichen Bekanntmachungen amtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Luz, Schwarzenberg, Böhmisch und Johanngeorgenstadt eingesehen werden.

Ungelöste Probleme.

Berlin, 18. August. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, die um 3 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten begann, nahmen sämtliche in Berlin anwesenden Minister teil. Die aus London zurückgekehrten Minister gaben einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Londoner Konferenz, wobei sie, den Blättern zufolge, feststellten, daß die deutschen Delegierten zum ersten Male seit dem Kriege völlig gleichberechtigt mit den Alliierten verhandeln konnten. Das Kabinett billigte einstimmig die Haltung seiner Vertreter in London und wird, wie in mehreren Blättern betont wird, keinen Zweifel darüber lassen, daß es den besprochenen Weg unter allen Umständen weiter verfolgen werde. Der Zusammentritt des Reichstages dürfte erst für den Freitag zu erwarten sein. Es wird damit gerechnet, daß die parlamentarische Entscheidung über die Ergebnisse der Konferenz in die zweite Hälfte der nächsten Woche fallen wird und daß, falls die erforderliche Mehrheit für die Gesetze zur Durchführung des Dawesberichtes nicht erreicht werden sollte, alsbald die Auflösung des Reichstages ausgesprochen werden würde. In diesem Falle würde die für den 30. August vorgesehene Vollziehung der Londoner Abmachungen nicht möglich sein und es würden sich dann auch alle vorgesehenen Fristen für die Befreiung des Einbruch- und Sanktionsgebietes für die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes und für alle aus den Londoner Vereinbarungen folgenden Maßnahmen automatisch verlängern. Auch in den Besprechungen mit den Parteiführern wurde von den deutschen Delegierten über den Verlauf der Verhandlungen Bericht erstattet. In den langen teilweise persönlichen Verhandlungen und Aussprachen hätten die deutschen Delegierten von dem französischen Ministerpräsidenten den Eindruck erhalten, daß er überaus hohe Ideale vertrete und vom besten Willen besetzt sei. Das gegenseitige Vertrauen, das sich während der Verhandlungen zwischen Herriot und Marx angebahnt habe, werde dadurch praktisch zur Auswirkung kommen, daß künftig bei etwaigen Beschwerden im besetzten Gebiete der Reichskanzler einen Privatbrief an Herriot richten werde, um eine Abstellung der Uebelstände herbeizuführen. Herriot habe sich mit diesem Verfahren bereitwillig einverstanden erklärt.

Zu den Besprechungen mit den Parteiführern wird aus deutschnationalen Kreisen mitgeteilt, daß die Sachlage sowohl innen- wie außenpolitisch noch völlig ungeklärt ist. Weder sei der Brief Eberts an die Delegation in London bekannt, noch sind die Schlussprotokolle veröffentlicht. Die Annahme der Dawesgesetze sei in keiner Weise verbürgt: Eine Zweidrittelmehrheit für die verfassungsändernden Gesetze werde keineswegs zustandekommen, da die Deutschnationalen nach Lage der Dinge gegen die Dawesgesetze stimmen würden. Es sei daher trotz aller Dementis aus den volksparteilichen Lagern damit zu rechnen, daß die Reichsregierung in der Frage der verfassungsändernden Beschlüsse das Unwahrscheinliche doch tun und bei den Dawesgesetzen eine Verfassungsänderung nicht annehmen werde. Dieser Ausweg sei der wahrscheinlichere. An eine Reichstagsauflösung werde sie nicht denken können, weil die wirtschaftliche Lage bei allen Parteien sehr schlecht ist. Im übrigen hat nach Ansicht deutschnationaler Kreise die Londoner Konferenz wenig gebracht. Die Bedeutung der Räumung der Flaschenhälse und sonstiger kleiner Gebiete

dürfte man nicht überschätzen, und ob die 800-Millionen-Anleihe für das deutsche Volk etwas Gutes bedeute, könne man noch nicht übersehen; man kann ruhig hinzusetzen: ob wir das Geld überhaupt bekommen unter Bedingungen, die uns nützen würden. In volksparteilichen Kreisen ist man der Ansicht, daß nur vermehrte Arbeit dem deutschen Volk Gutes bringen könnte und nicht eine Anleihe, die vielleicht gewissen Elementen dazu dienen könnte, Waren zurückzuhalten und sonstige Spekulationen vorzunehmen. Dagegen sind die volksparteilichen Kreise bezüglich der Annahme der Dawesgesetze recht zurückhaltend.

London, 18. August. „Daily Telegraph“ schreibt: Das Londoner Übereinkommen ist ein großer Schritt vorwärts zum endgültigen Frieden und zur Durchführung des Dawesberichtes. Aber eine Anzahl wichtiger Fragen sei noch ungeklärt. Zunächst wird das am Sonnabend fertiggestellte Protokoll erst dann unterzeichnet werden, nachdem es innerhalb der nächsten 14 Tage sowohl vom deutschen als auch französischen Parlament gebilligt worden ist.

Zweitens bleibt die Frage der Anleihe. Hier sind die Verhandlungen bis zum Oktober vertagt worden. Es war überraschend, daß am Sonnabend der amerikanische Vorkaufster für notwendig gehalten hat, der Konferenz den Rat zu erteilen, sie möge die Wahl der Bankiers Deutschland überlassen. Das bedeutet, daß einige der Bankfirmen, die bisher befragt worden sind, nach wie vor auf diesen politischen Bedingungen bestehen, d. h. für eine Abänderung des Londoner Protokolls haben sie ihre Zustimmung gegeben. Es bedeutet weiter, daß die deutsch-amerikanische Finanzwelt leichtere Bedingungen stellen würde, als andere. Die deutschen Bürgschaften würden allgemeiner und besonderer Art sein, allgemein, weil Deutschland keine inneren Schulden hat, es eine unverfälschte Industriemaschine besitze und alles Staatsvermögen an die Reparationskommission verpfändet worden ist. Für ein so großes Werk wird es nicht schwierig sein, 4 Millionen Pfund für die jährliche Zinsleistung aufzubringen. Andererseits würden zur Sicherstellung der Anleihe bestimmte Pfandrechte von der Reparationskommission freigegeben werden.

Drittens wird in kurzer Zeit eine Zusammenkunft der alliierten Finanzminister stattfinden, um die Verteilung der Dawesreparationsraten vorzunehmen.

Es ist doch zweifelhaft, ob die Frage der proportionalen Verteilung dabei aufgeworfen werden darf oder die Frage der Gewinn- und Verlustbilanz der Ruhrbesetzung. Beide sind schwierige Fragen.

Dann kommt die Frage der amerikanischen Prioritäten, nämlich bezüglich der Besatzungskosten und des Anspruches Amerikas auf Entschädigung seiner Staatsbürger. Die Beteiligung Amerikas an der Besetzung der Alliierten wird zweifellos die der Reparationskommission zur Verfügung stehenden Summe entsprechend vermindern, aber in manchen Kreisen betrachtet man es als eine Bürgschaft dafür, daß Deutschland keine Verfehlung begehen wird, da es jedenfalls ebenso sehr den Alliierten wie Amerika Trost bieten würde.

Ungelöst bleibt schließlich die Frage der interalliierten Schuld und gerade die Behandlung dieser Frage hat, wie hinzugefügt werden muß, einen vielfach bemerkten Stimmungswandel auf der Konferenz hervorgerufen. Während der Standpunkt Frankreichs in der Räumungsfrage allseitig unterstellt wurde, stand Frankreich in der Frage der Schuldregelung einer geschlossenen Front gegenüber.

Endlich bleibt noch die Frage der Militärkontrolle zu behandeln, wobei Frankreich auf die Unterstützung Macdonalds rechnen kann. Von der Erfüllung der Entwaflnungsforforderung hängt, wie man sagt, die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar ab.

Zum Schluß bleibt noch die Frage der französischen Sicherungen in der einen oder anderen Form gegenseitiger internationaler Wirtschaften zu verhandeln. Man nimmt an, daß sie vielleicht auf der demnächst stattfindenden Tagung des Völkerbundes zur Sprache kommen werden.

Der optimistische Reichsaußenminister.

Neu York, 18. August. „World“ veröffentlicht ein Londoner Telegramm, wonach Stresemann erklärt hat: Ich glaube, daß der Reichstag unser Werk ratifizieren wird, aber ich rufe die Welt an, diesmal Treue zu halten. Der Pakt von London kann „einen neuen Zeitabschnitt für Europa“ einleiten, aber nur, wenn wirklich Treue gehalten wird. Wir erwarten, daß die Räumung des Ruhrgebietes in weniger Zeit als innerhalb eines Jahres verwirklicht wird, weil wir nicht glauben, daß die Finanzleute der Welt die wirkliche Sicherheit für gegeben erachten, solange fremde Truppen das Herz des Industriegebietes besetzt halten.

Die Anleihe.

London, 18. August. Nach einer Blättermeldung soll auch während der letzten Tage der Konferenz eine Einigung dahingehend erfolgt sein, daß die Verhandlungen für die Ausgabe der 800-Millionen-Mark-Anleihe im Oktober unmittelbar vor ihrer Ausgabe geführt werden sollen und daß von diesem Betrag Amerika 50 Prozent und England zwei Drittel der Sechstel in Deutschland, Holland, Skandinavien und der Schweiz in ganz kleinen Beträgen aufgelegt werden soll.

London, 18. August. Amtlich wird der Brief bekanntgegeben, den Macdonald im Anschluß an den Briefwechsel zwischen den Ministerpräsidenten von Frankreich und Belgien einerseits und dem deutschen Reichskanzler andererseits bezüglich der Ruhrbesetzung an Herriot und Theunis gerichtet hat. Das Schreiben betont erneut, daß die britische Regierung die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung oder der Auslegung der Klausel des Versailler Vertrages, auf Grund deren Frankreich und Belgien gehandelt haben, niemals anerkannt habe. Es spricht die Hoffnung aus, daß die nur für wirtschaftliche Zwecke unternommene Besetzung alsbald nach Inkrafttreten des Daweschen Berichtes zurückgezogen werde. Die britische Regierung nehme nur Kenntnis von dem zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits geschlossenen Abkommen und dringe nachdrücklich auf eine möglichst baldige Räumung des Ruhrgebietes, da nach ihrer Ansicht die Fortdauer der Besetzung die Wirkung des Daweschen Berichtes schädlich beeinflussen und das auf der Londoner Konferenz vereinbarte Übereinkommen gefährden könne.

„Daily Telegraph“ unterstreicht die Worte Macdonalds, daß es noch ein langer Weg sein werde, bevor man das Ziel des europäischen Friedens und der Sicherheit erreichen würde. So wäre es in der Tat. Aller Weltbrauch, der auf dem Altare der internationalen Konferenz verbrannt worden ist, kann nicht die Tatsache beseitigen, daß es das Nationalgefühl war, das in erster Linie in der Politik der einzelnen Länder bestimmend gewesen ist, selbst wenn sie sich zu einer Konferenz, wie der eben verflochtenen, zusammenfinden.

„Westminster Gazette“ bezweifelt immer noch den Erfolg. Zunächst erscheint ihr die Annahme des Londoner Abkommens durch den Reichstag nicht sicher und auch die Stellung Herriots einigermaßen erschüttert. Man müsse aber auch Mitgefühl mit der Stellung von Marx haben, denn trotz der hochtrabenden Worte Macdonalds sind die Verhandlungen so geführt worden, daß der deutsche Kanzler mit der Last der Entscheidung betraut wurde, ob er schließlich ein weiteres Jahr unrechtmäßiger Ruhrbesetzung bei gleichzeitiger Annahme des Dawesberichtes annehmen solle oder ob er sich mit der Hoffnungslosigkeit einer ewigen Ruhrbesetzung abfinden solle. Er hat das kleinere Übel dabei gewählt, das größere Risiko übernommen und scheidet bei der Konferenz doch noch gut ab.